

von der Vf.in porträtierten Unternehmer blieb dieses Schicksal erspart. Der aus Kanada stammende MacGarvey verdankte seinen Erfolg in erster Linie der Einführung von Bohrtechniken, die in Nordamerika entwickelt worden waren und nun ermöglichten, auch tiefer liegende Vorkommen zu erschließen.

Die zunehmend industriell organisierte Förderung führte allerdings bald zu einer Überproduktion und einem Sinken der Preise. Dieses Problem konnte erst im Jahr 1910 durch eine Kartellbildung der größeren Produzenten gelöst werden, nachdem vorher schon neue Abnehmer in Gestalt der österreichischen Eisenbahn und der Marine gefunden worden waren. Als nun aber die galizische Erdölwirtschaft damit einen Grad der Regulierung als Voraussetzung der Rationalisierung der Produktion erreicht hatte, wie er auch bei den großen Produzenten USA und Russland bestand, deren Förderung die galizische Produktion in den vorhergehenden Jahren schon um ein Vielfaches überrundet hatte, begann sich – von den Zeitgenossen noch weitgehend unbemerkt – die Erschöpfung der galizischen Lager abzuzeichnen. Die Produktionsmenge von 1909 wurde nie wieder erreicht.

Zu den großen kontroversen Fragen der Wirtschaftsgeschichte Galiziens gehört, inwieweit die mangelhafte wirtschaftliche Entwicklung dieses Kronlandes auf ein quasi koloniales Abhängigkeitsverhältnis zu den entwickelteren Teilen der Monarchie und eine Vernachlässigung galizischer Interessen durch Wien zurückzuführen ist oder aber inwieweit sie durch die an den Interessen der Gutsbesitzer orientierte Politik der galizischen Konservativen verursacht war. Eine eindeutige Antwort auf diese Frage bietet die Studie nicht. Sie zeigt vielmehr, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Erdölwirtschaft zwar weitgehend in Galizien gesetzt wurden, diese ungünstigen und nur langsam verbesserten Regelungen aber nicht allein den Interessen der Gutsbesitzer, sondern auch denjenigen von Bauern und anderen Akteuren entsprachen. Die Vf.in vermutet, dass eine Einbeziehung in das kaiserliche Bergregal und damit eine Kontrolle durch Wien zu besseren Bedingungen geführt hätte. Das Problem der Erdölwirtschaft sei nicht zu wenig, sondern zu viel Autonomie des Kronlandes gewesen (S. 255).

Neben dieser hier vorwiegend skizzierten wirtschaftsgeschichtlichen Argumentation der Studie enthält sie auch Kapitel über die Arbeiterschaft in der Erdwachs- und Erdölförderung, über die galizische Erdölproduktion während des Ersten Weltkriegs und ihre Bedeutung für die Kriegsführung sowie darüber, welche Rolle das Ölgebiet um Borysław im polnisch-ukrainischen Konflikt um Ostgalizien nach dem Ersten Weltkrieg und auf der Pariser Friedenskonferenz spielte. Große Aufmerksamkeit widmet die Vf.in an verschiedenen Stellen des Buches auch umweltgeschichtlichen Fragen.

Insgesamt bietet die Studie eine facettenreiche Geschichte der galizischen Erdölwirtschaft. Sie betont die Bedeutung der politischen, rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen, die in Galizien nicht günstig gewesen seien, gegenüber den geologischen Gegebenheiten. Ob allerdings bessere Bedingungen für die Erdölwirtschaft einen bedeutenden Beitrag zur Entfaltung wirtschaftlicher Dynamik in diesem Kronland hätten leisten können, darf, wie das Beispiel anderer Rohstoffproduzenten zeigt, bezweifelt werden.

Halle/Saale

Kai Struve

Jerzy Borzęcki: The Soviet-Polish Peace of 1921 and the Creation of Interwar Europe. Yale University Press. New Haven/Conn. – London 2008. XV, 418 S. (\$ 55,-.)

Der polnisch-sowjetische Krieg von 1920 war ein Schlüsselereignis in der Geschichte Osteuropas. Während in den Pariser Vorortverträgen die Nachkriegsordnung Mitteleuropas festgelegt wurde, entschied sich die Zukunft der Region zwischen Ostsee und Schwarzem Meer im bewaffneten Konflikt zwischen Polen, dem bolschewistischen Russland sowie den weißen Armeen und nationalen Bewegungen in diesem Raum. Jerzy Borzęckis Studie schildert detailliert den militärischen Konflikt, die diplomatischen Kontakte, die Verhandlungen in Riga sowie die Umsetzung des Abkommens vom 18. März 1921. Die Untersuchung fußt auf einer breiten Basis russischer, polnischer und amerikanischer

Sammlungen. Damit gelingt es dem Vf., die Motive, die Zwänge und die Taktik beider Seiten überzeugend zu würdigen. Er beginnt seine Darstellung mit den ersten diplomatischen Kontakten in den Jahren 1918/19 und endet mit den Problemen bei der Umsetzung des Friedensvertrags Mitte der zwanziger Jahre.

B. verwendet bei der Analyse seines Themas die Instrumente einer klassischen Diplomatiegeschichte. Wegen dieses konventionellen Ansatzes liegen die Stärken des Buches vornehmlich in den interessanten Details, die der Vf. zur Genese der osteuropäischen Nachkriegsordnung präsentiert. Er stellt die beiden Delegationen und insbesondere ihre wichtigsten Akteure vor und er fragt nach den Zielen, die Moskau und Warschau verfolgten. Ausführlich leuchtet der Vf. die Beziehung zwischen Kriegsglück, diplomatischer Taktik und Resultaten am Verhandlungstisch aus. Besonders geglückt ist das Porträt der diplomatischen Gegenspieler Adol'f F. Ioffe und Jan Dąbski. Dabei entfaltet sich eine Geschichte des gegenseitigen Misstrauens, das von Beginn an die Verhandlungen erschwerte und zügige Resultate verhinderte. Zugleich zeigt B., dass der Konflikt die Grenzen der klassischen Diplomatie sprengte. Auf beiden Seiten handelte es sich um neu gegründete Administrationen, die auf diplomatischem Parkett kaum Erfahrung hatten. Die sowjetische Regierung bediente sich auch bürgerkriegsähnlicher Praktiken, wie etwa Geiselnahmen, um ihre Position zu verbessern. Hier zeigt sich, wie nah das Geschehen mit dem russischen Bürgerkrieg verflochten war. Der Vf. hätte diesen historischen Kontext noch stärker in seine Deutung des Geschehens einbeziehen können.

Doch es handelte sich bei den polnisch-bolschewistischen Verhandlungen auch um europäische Diplomatie der alten Schule: Beide Seiten versuchten, die eigene wie auch die internationale Öffentlichkeit für sich einzunehmen. Primär ging es um den Verlauf der polnisch-sowjetrussischen Grenze und damit um die Frage, ob die alte *Rzeczpospolita* restituiert werden würde. Zugleich forderte Polen gerechte Teilhabe an der politischen, finanziellen und kulturellen Konkursmasse des Imperiums der Romanovs, das in Krieg und Revolution untergegangen war. So forderte die polnische Seite nicht nur ihren Anteil am Staatsschatz; sie verlangte zudem die Rückgabe von Büchern, Kirchenglocken und anderen Kulturgütern, die sich Russland angeeignet hatte. Die fragile Staatlichkeit, die innenpolitischen Querelen und die unvorhersehbare militärische Entwicklung verkomplizierten die Situation. So glichen die Versuche, zu einer Übereinkunft zu kommen, bis zum Schluss einem Krieg am Verhandlungstisch.

Die Bol'sheviki spielten in dieser Auseinandersetzung – selbst im Zeichen militärischer Niederlagen – ihre Stärken konsequent aus. So musste die sowjetische Delegation sich im Unterschied zu den Polen nicht gegenüber einer kritischen Öffentlichkeit und oppositionellen Parteien rechtfertigen. Der totale Staat *in statu nascendi* gewährte seinen Vertretern jede Unterstützung und mobilisierte sowohl die eigene Bevölkerung als auch die internationale Öffentlichkeit für die sowjetische Sache. Hier zeigte sich bereits eine Systemdifferenz, die auch in der Diplomatie der dreißiger Jahre, im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg entscheidende Folgen haben würde. Im Unterschied zu Sowjetrussland stand Polen zusätzlich an einer anderen Grenze unter Druck. Auch im Westen war die Grenzfrage noch nicht abschließend geklärt. Wegen des Plebiszits in Oberschlesien war Warschau an einer schnellen Einigung mit den Bolschewiki interessiert. Hier offenbart sich die enge Verknüpfung polnischer, russischer und deutscher Angelegenheiten im 20. Jh.

Der Vf. vertritt die These, dass die Leiter der Delegationen entscheidenden Einfluss auf den Vertrag von Riga ausübten. Es handele sich im Kern um eine Einigung zwischen Ioffe und Dąbski. Zugleich zeigt er, dass der bilaterale Konflikt trotz des Vertrags andauerte. So unterstützte die polnische Regierung weiterhin ukrainische Separatisten. Von sowjetischer Seite ging auch nach dem Vertrag und entgegen dem Geist der Vereinbarung die Plünderung polnischen Eigentums weiter. Auch die stockende Repatriierung und das fortbestehende Misstrauen behinderten die Umsetzung des Abkommens. Bei der Rückführung polnischen Besitzes – Industriegüter, Tiere, Kulturschätze – wandte Moskau eine konsequente Verzögerungstaktik an, um seinen Verpflichtungen nicht nachkommen zu müssen.

Polen hatte kaum Möglichkeiten, auf die sowjetische Seite Druck auszuüben. Von 20 000 Kirchenglocken, die im Ersten Weltkrieg aus Polen abtransportiert worden waren, wurden durch die sowjetische Seite lediglich 7 000 restituiert. Andere Werte, wie Kunstwerke, Inneneinrichtungen polnischer Paläste oder Archive, wurden in größerem Umfang zurückgeführt. Schließlich verhinderte der sowjetische Außenkommissar Georgij V. Čičerin, dass Polen die in Riga ausgehandelten 30 Millionen Rubel aus dem Goldschatz des zarischen Staates erhielt. Am effektivsten verlief noch die Festsetzung der neuen Grenze. Durch die Einigung mit dem Deutschen Reich in Rapallo 1922 stärkte sich die sowjetische Position weiter. Dies zeigte sich ab 1923 beispielsweise in Repressionen gegen in Russland lebende Polen und im Todesurteil für einen katholischen Bischof. In Riga wurde zwar die Grenzfrage gelöst, doch ein kalter Krieg zwischen Polen und seinem östlichen Nachbarn schwelte bis zum sowjetischen Einmarsch im September 1939 weiter.

Mit dem Ende des russischen Imperiums stießen in Osteuropa zwei revolutionäre Prinzipien aufeinander: Wilsons Recht auf nationale Selbstbestimmung und Lenins Idee des sozialen Umsturzes. Polen ging den Weg Wilsons, während die Bolschewiki den Kern des russischen Imperiums unter ihrer revolutionären Führung bewahrten. Der Konflikt zwischen diesen beiden Mächten und ihren Ideologien wurde auf dem Schlachtfeld nicht entschieden. Es setzte sich weder das jagiellonische Konzept Józef Piłsudskis noch Lenins Vision vom Export der sozialen Revolution in Osteuropa durch. Der Frieden von Riga bedeutete vielmehr einen Kompromiss, eine weiter umkämpfte Zwischenordnung, deren Genese der Vf. umfassend beleuchtet. Seine Stärke besteht in der detaillierten Kenntnis der polnischen und sowjetischen Diplomatie. Leider fehlt ein Anschluss an die neuere Diskussion über Imperien. Auch die europäische Dimension des Themas bleibt unterbelichtet; die französische, deutsche und englische Position und auch die Haltung der weißen Russen werden kaum erklärt. Ebenso hätten die verschiedenen diplomatischen Kulturen, die Differenzen zwischen den Bolschewiki und ihrem polnischen Gegenüber noch stärker herausgearbeitet werden können. Dennoch bildet die Studie einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der Neugestaltung Osteuropas nach dem Ersten Weltkrieg. Es gelingt ihr, die unübersichtliche Gemengelage zwischen Sowjetrussland, den baltischen Staaten, Weißrussland, der Ukraine und Polen am Beispiel der Verhandlungen von Riga zu erörtern.

Berlin

Jan C. Behrends

Rafał Wnuk: „Za pierwszego Sowjeta“. Polska konspiracja na Kresach Wschodnich II Rzeczypospolitej (wrzesień 1939 – czerwiec 1941). [„Unter den ersten Sowjets“. Die polnische Konspiration in den Ostgebieten der Zweiten Republik (September 1939 – Juni 1941).] (IPN Monografie, Bd. 34.) Instytut Pamięci Narodowej. Warszawa 2007. 461 S., zahlr. Abb.

Anders als über die deutsche Okkupation Polens waren bis 1989 Forschungen über die sowjetische Herrschaft in Ostpolen zwischen dem September 1939 und dem Juni 1941 in Polen selbst kaum und im Westen nur auf sehr eingeschränkter Quellengrundlage möglich. Die 1990er und auch die ersten Jahre des vergangenen Jahrzehnts erlebten hingegen einen Boom der Forschungen zur sowjetischen Okkupation. Nach und nach wurden nun auch immer umfangreichere Archivbestände sowjetischer Herkunft von den Historikern erschlossen und nicht wenige auch in Quellenpublikationen zugänglich gemacht. Mit dem hier zu besprechenden Buch liegt nun die erste Gesamtdarstellung zum polnischen Untergrund in den sowjetisch besetzten Gebieten vor.

Die Studie ist territorial und chronologisch gegliedert und orientiert sich an der Struktur der zentralen Organisation des polnischen Untergrunds in dieser Zeit, des Związek Walki Zbrojnej (ZWZ, dt. Verband des bewaffneten Kampfes). Territorial war der ZWZ den Woiwodschaftsgrenzen der Vorkriegszeit entsprechend organisiert. Allerdings bestanden zwei übergeordnete ZWZ-Gebiete mit Sitz in Lemberg und Białystok für die der ukrainischen Sowjetrepublik bzw. der weißrussischen Sowjetrepublik und Litauen zugeteilten Re-